

bemittelter Forstbeamten, aus denen das Forstschulpersonal sich in der Hauptsache zu rekrutieren pflegte, von der Verfolgung dieser Laufbahn abhalten und dafür anspruchsvolle Söhne wohlhabender Bauern derselben zuführen werde. s.

Sturmwindbeschädigungen in der Pfalz.

Gegen Abend des 4. Juli hat ein außergewöhnlich heftiger Orkan in dem in der Südostecke der Pfalz gelegenen sogenannten Wienwalde ganz bedeutende Verheerungen angerichtet, indem in den dortigen Staatswaldforstämtern Langenberg, Scheidt und Scheibenhardt innerhalb höchstens zehn Minuten eine Holzmasse anfiel, die z. B. auf 62 000 fm geschätzt ist, die aber jedenfalls noch weit mehr ergeben wird. Dabei ist das Forstamt Scheibenhardt bei einem Gesamtetat von 9800 fm allein mit beiläufig 30 000 fm beteiligt.

Das Gebiet mit größeren Schäden hat eine beil. Länge von einigen 20 km und eine Breite von durchschnittlich 10 km. Die Anfälle erfolgten in allen berührten Beständen teils einzeln, teils nester-, teils gassenweise. Sie steigerten sich örtlich zur flächenweisen bis heftargroßen vollständigen Vernichtung des Bestandes. Betroffen sind besonders haubare Kiefernbestände, die Verjüngungsschläge und Angriffsbestände im Laubholzgebiete, dann aber noch hervorragend jüngere (50—60 jährl.) wüchsige Stangenhölzer von Kiefern und Fichten, in welche große Gassen und Löcher mit vollständiger Zerstörung des Bestandes gerissen wurden.

Bemerkenswert ist, daß die Beschädigung vielfach in Form von Gassen auftritt, welche sich oft kilometerweit verfolgen lassen, dabei jedoch keineswegs ein gleichmäßiges Aussehen zeigen, indem vollständig vernichtete Bestandteile innerhalb der Gasse mit anderen viel weniger mitgenommenen abwechseln. Der Umstand, daß der Boden sehr trocken war, in Verbindung mit der außerordentlichen Wucht des Sturmes hatte zur Folge, daß die jüngeren Stangen fast ausschließlich, aber auch sehr viele starke Eichen und Kiefern gebrochen und vielfach zersplittert wurden, wodurch ein sehr bedeutender Ausfall an der Nutzholzausbeute veranlaßt wird. Die Anfälle wären im ganzen viel bedeutender geworden, wenn der Boden durch längeren Regen aufgeweicht gewesen wäre.

Es sind naturgemäß auch sehr viele Stämme und Stangen gebogen, geschoben, im Wurzelbau gelockert, welche das Materialergebnis noch wesentlich mehrern werden und außerdem zur Aufmerksamkeit wegen der schädlichen Käferarten mahnen. Die Aufarbeitung und Verwertung der Sturmhölzer wird keinen Schwierigkeiten begegnen. Die Frage, ob

diese starken Beschädigungen durch wirtschaftliche Maßnahmen hätten vermieden oder doch wesentlich gemildert werden können, kann unbedenklich verneint werden. Denn es sind wirtschaftliche Fehler in der Fiebsführung innerhalb des Sturmgebietes nicht vorgekommen und im übrigen die Bestände heimgesucht worden ohne Unterschied, ob sie älter oder jünger, geschützt oder ungeschützt, locker oder dicht geschlossen waren. Gegen solche außerordentliche Naturgewalten wird die menschliche Tätigkeit stets machtlos bleiben.

Eßlinger.

Die 47. Versammlung des badischen Forstvereins in Jahr 21.—23. Mai 1905.

Die Versammlung leitete Forstrat Könige, Heidelberg. Bericht-
erstatte über die Forstschutzbeamtenfrage war Oberförster Jäger,
Donaueschingen. Die zur Verhandlung gestellte Frage war schon 1877,
1879 und 1893 Gegenstand der Beratungen des Forstvereins. Jedesmal
war man davon ausgegangen, eine Organisationsänderung anzustreben
d. h. eine zwangsweise Zusammenlegung der Hutzdistrikte zu verlangen.
Erreicht wurde in dieser Hinsicht nichts.

Der Referent zeigte in seinem klar disponierten Vortrag die Gründe,
aus denen es notwendig ist, diesen Weg zu verlassen und einen anderen
einzuschlagen.

Schon auf der Versammlung von 1877 hatten die Vertreter der
oberen Forstbehörde es als unmöglich bezeichnet, daß die Regierung
mit der zwangsweisen Bildung von Hutzdistrikten rein nach Zweckmäßig-
keitsgründen vorgehen könne, da ein derartiges Verfahren gegen die
Grundsätze der Selbstverwaltung der Gemeinden verstoßen würde.

Das bad. Forstgesetz von 1833, das mit Ausnahme des Nachtrags
vom Jahr 1854 (die Wahl der Privatwaldhüter durch die Gemeinderäte
betr.) noch heute unverändert in Geltung ist, überläßt dem Waldeigentümer
die Wahl und Besoldung der in hinreichender Zahl zu bestellenden Hüter,
wobei für diese nur die Bedingung der Volljährigkeit und des guten
Leumundes gestellt und für die Gemeinden und Körperschaften der Vor-
behalt der Bestätigung durch das Bezirksamt gemacht ist, dem auch die
Disziplinalgewalt einschließlich der Entlassungsbefugnis zugestanden ist.
Demnach müßte sowohl die zwangsweise Zusammenlegung der Hutzdistrikte
als auch die Verstaatlichung der Waldhüt als ein schwerer Eingriff in das
Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden empfunden werden; war doch auch
die völlige Durchführung des Prinzips der Selbstverwaltung eine der
ersten und vornehmsten Sorgen Sr. Kgl. Hoheit des regierenden Groß-